

Antrag öffentlich	Datum 31.01.2024	Nummer A0021/24
Absender Fraktion GRÜNE/future!		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Prof. Dr. Alexander Pott		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	15.02.2024	
Kurtitel Silvesterfeuerwerk in der Landeshauptstadt		

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, auf der Grundlage der in 2018 beschlossenen ‚Befragungssatzung‘ durch das ‚Amt für Statistik, Wahlen und Digitalisierung‘ eine standardisierte repräsentative Umfrage durchführen zu lassen, in der das Meinungsbild der Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt zu Fragen des Feuerwerks ermittelt werden soll.
2. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, im Vorfeld des Jahreswechsels 2024/2025 die bundesgesetzlichen Vorschriften für das Abbrennen von Silvesterfeuerwerk der Bevölkerung bekannter zu machen.
3. Die Oberbürgermeisterin wird weiterhin gebeten, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass die Polizeiorgane des Landes ab dem Jahreswechsel 2024/2025 Verstöße gegen die im Bundesgesetz festgelegte Erlaubnisfrist für das Abbrennen von Silvesterfeuerwerk – ggf. auch im Rahmen der gemeinsamen Stadtwache – stärker kontrollieren und die Verwendung von nicht zertifizierten Knallern mit Bußgeldern ahnden.
4. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, dem Stadtrat Informationen über die Anfang 2024 vom Abfallwirtschaftsbetrieb und dem Stadtgartenbetrieb eingesammelten Hinterlassenschaften des Silvesterfeuerwerks und über die spezifische Inanspruchnahme der Notaufnahme des Städtischen Klinikums durch das letzte Silvesterfeuerwerk vorzulegen.

Wir bitten um Überweisung des Antrages in die Ausschüsse KRB und UwE.

Begründung:

Nach übereinstimmenden Schätzungen wurden zum Jahreswechsel 2023/2024 auch in Magdeburg, noch stärker als früher, horrende Geldsummen „verbrannt“. Unmengen an Schwarzpulver wurden in die Luft katapultiert und sorgten für einen enormen Anstieg der Feinstaubbelastung. Haus-, Wild- und Nutztiere erlitten Panik, häufig auch Todesangst; Familien mit kleinen Kindern, geflüchtete Menschen erlebten Angst und Stress; die Notaufnahmen in den Krankenhäusern waren überfüllt, die ganze Stadt, aber auch die Natur wurde durch Feuerwerksüberreste verschmutzt.

Zu 1.: Gemeinsam mit einem Bündnis aus Bundesärztekammer, Gewerkschaft der Polizei sowie 20 weiteren Verbänden, Umwelt- und Tierschutzorganisationen forderte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) im Dezember 2023 von Bundesinnenministerin Nancy Faeser bisher erfolglos ein generelles Böllerverbot. <https://mitmachen.duh.de/boellerfrei> Die DUH argumentiert, dass gemäß Umfragen deutschlandweit die Mehrheit der Bevölkerung für Einschränkungen des Silvesterfeuerwerks ist.

Viele Städte in Deutschland haben Verbotszonen vor allem in zentralen Bereichen erlassen. Dresden dagegen hat 27 naturschutzrechtliche Verbotgebiete eingerichtet - etwa die Elbwiesen und Elbtalhänge sowie die Dresdner Heide.

Es wäre für alle Beteiligten wünschenswert zu wissen, welche Meinungen bei unserer Magdeburger Bevölkerung zum Thema Silvesterfeuerwerk vorherrschen.

Zu 2. und 3.: Im Nachgang des Jahreswechsels muss festgestellt werden, dass es in unserer Stadt regelmäßig in der Silvesterzeit zu Verstößen gegen die bundesrechtlichen Vorschriften kommt. Die Tatsache, dass am Donnerstag (28.12.2023) vor Silvester 2023 die Feuerwerksartikel verkauft werden durften, verleitet viele unserer Bürger:innen, insbesondere Heranwachsende dazu, die festgesetzten „Feuerwerkszeiten“ nicht zu respektieren. Diese sind: 31.12. und 01.01. jeweils 0:00 bis 24:00 Uhr.

In Sachsen-Anhalt können solche Verstöße mit einem „Bußgeld bis zu 10.000 €“ geahndet werden. Regelungen in anderen Bundesländern, z.B. in Nordrhein-Westfalen, sind realistischer. Dort werden bei ‚Überschreitung der festgesetzten Zeiten‘ 50 bis 510 € Bußgeld verhängt.

Im Rahmen der Aufräumaktion unserer Stadtteilgruppe am Patenschaftsspielplatz ‚Fröbelstraße‘ am Neujahrstag, stellten wir innerhalb des dort entsorgten Abfalls viele Gipszylinder fest, die Umstehende hätten gefährden können. Am 20. Dezember meldete der MDR übrigens, dass der Zoll in Magdeburg 300 kg illegales Feuerwerk gefunden und beschlagnahmt hat. Das ist zehnmal so viel wie im Vorjahr.

Die Information über die ‚Feuerwerkszeiten‘ und die in Rede stehenden Bußgelder sollten seitens der Stadt stärker bekanntgemacht werden und die Polizei sollte Verstöße ahnden.

Zu 4.: Interessant wäre es auch, wenn wir Stadträt:innen einmal informiert werden könnten, welche personellen und finanziellen Belastungen unsere Eigenbetriebe, städtischen Gesellschaften und auch die Notaufnahmen der Krankenhäuser durch die Böllerei 2023/2024 verkraften mussten.

Kathrin Natho
Fraktionsvorsitzende

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender

Jürgen Canehl
Stadtrat